

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
11.04.2012
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012
hier: Änderungsliste bezüglich Tarifabschluss
Vorlage: 11/SVV/0906
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 3.2 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten
Vorlage: 11/SVV/0825
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 3.3 Pachtzins für alternative Wohnprojekte
Vorlage: 11/SVV/0874
Fraktion Die Andere
- 3.4 Städtische Beteiligungen
- 3.4.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Energie und Wasser Potsdam GmbH
Vorlage: 11/SVV/0997
Fraktion DIE LINKE
- 3.4.2 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Energie und Wasser Potsdam GmbH
(EWP)
Vorlage: 12/SVV/0045
Oberbürgermeister
- 3.4.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)
Vorlage: 12/SVV/0022
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 3.4.4 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den
Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen
Vorlage: 12/SVV/0023
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
- 3.5 Konzertierte Aktion zur Haushaltskonsolidierung
Vorlage: 12/SVV/0149

Fraktion Potsdamer Demokraten

- 3.6 Mehr Transparenz bei der Aufstellung des Haushaltsplanes
Vorlage: 12/SVV/0152
Fraktion DIE LINKE
- 3.7 Gebührensatzungen der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0155
Fraktion FDP
- 3.8 Richtlinie für In-House-Geschäfte zwischen der LHP und ihren städtischen Beteiligungen
Vorlage: 12/SVV/0125
Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen
- 3.9 Freiwillige zweckgebundenen Tourismusabgabe für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0181
Fraktion SPD
- 3.10 Fortschreibung der Grundsätze der KMU-Förderung in der Landeshauptstadt Potsdam in Umsetzung der Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung vom 14. Juni 2010
Vorlage: 12/SVV/0224
Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung
- 3.11 Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung an der Auswahl der Geschäftsführer in städtischen Beteiligungen
Vorlage: 12/SVV/0228
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 3.12 Bürgerbefragung Uferweg Griebnitzsee
Vorlage: 12/SVV/0231
Fraktion FDP
- 3.13 Geschäftsführer neu ausschreiben
Vorlage: 12/SVV/0235
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.14 Dienstaufsichtsbeschwerde des Stadtverordneten Menzel gegen den Oberbürgermeister
hier: Akteneinsicht in die Unterlagen der Polo GmbH
Verständigung zum Verfahren
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Grundsätze für differenzierten Umgang mit DDR-Architektur
Vorlage: 12/SVV/0227
Oberbürgermeister, FB Bauaufsicht und Denkmalpflege

- 4.2 Änderung des städtischen Beteiligungsportfolios
Vorlage: 12/SVV/0229
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 4.3 Rahmenkonzept für Stadtteilschule
Vorlage: 12/SVV/0259
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur und Sport
- 4.4 Jugend und Wohnen in Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0260
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 4.5 WagenHausBurg Hermannswerder - Stand der Verhandlungen
gemäß Beschluss: 11/SVV/0787
Vorlage: 12/SVV/0309
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.04.2012

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er vor, folgende Punkte **zurückzustellen**:

- Tagesordnungspunkt 3.2 - Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten, DS 11/SVV/0825 – da seitens des Archiv e. V. noch keine Rückinformation erfolgt sei,
- Tagesordnungspunkt 3.3 - Pachtzins für alternative Wohnprojekte, DS 11/SVV/0874, weil die Gespräche zwischen der Pro Potsdam und Vertretern der alternativen Wohnprojekte noch andauern würden,
- Tagesordnungspunkt 3.5 - Konzertierte Aktion zur Haushaltskonsolidierung, DS 12/SVV/0149 wurde im Ausschuss für Finanzen **zurückgezogen** und Herr Schultheiß bestätigt dies auch für den

- Hauptausschuss
- Tagesordnungspunkt 3.6, Mehr Transparenz bei der Aufstellung des Haushaltsplanes, DS 12/SVV/0152 – wurde im Ausschuss für Finanzen ebenfalls zurückgestellt und soll mit dem qualifizierten Eckwertebeschluss beraten werden, dies gelte auch für den
 - Tagesordnungspunkt 3.7, Gebührensatzungen der Landeshauptstadt Potsdam, DS 12/SVV/0155,
 - Tagesordnungspunkt 3.8, Richtlinie für In-House-Geschäfte zwischen der LHP und ihren städtischen Beteiligungen, auf Wunsch der Antragstellerin, da hierzu noch Abstimmungen mit dem Rechtsamt erfolgen sollen,
 - Tagesordnungspunkt 4.1 – Mitteilungsvorlage, Grundsätze für differenzierten Umgang mit DDR-Architektur, DS: 12/SVV/0227, da sie noch nicht im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen beraten wurde,
 - Tagesordnungspunkt 4.3 – Mitteilungsvorlage, Rahmenkonzept für Stadtteilschule, DS 12/SVV/0259, da sie noch nicht im Ausschuss für Kultur beraten wurde.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ sollen folgende Themen aufgerufen werden:

- die Anfrage von Frau B. Müller, wann die nächste Sitzung des Tourismusbeirates stattfindet,
- Information zum Sachstand „Sport- und Freizeitflächen 'NowaWiese'“ (Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 3)
- die Anfrage von Herrn Dr. Scharfenberg bezüglich des „Hilferufs“ der Bewohner des Otterkiezes 8 – 26, deren Fernwärmelieferung eingestellt werden soll sowie seine Nachfragen zum
- Erbpachtvertrag Tennisclub Rot-Weiß, DS: 09/SVV/0428 und zum Antrag DS: 11/SVV/0929 – Geschäftsführung SWP, deren Beratung schon mehrfach im Hauptausschuss verschoben worden sei.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich bezüglich der vorgeschlagenen Änderungen der Tagesordnung gegen eine Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 3.2 aus, da er bereits mehrfach verschoben wurde. Außerdem liege dazu ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor, so dass darüber abgestimmt werden könnte. Er bittet bezüglich des Tagesordnungspunktes 3.3 darum, die von der Pro Potsdam angekündigten Gespräche mit den alternativen Wohnprojekten nun endlich zu führen.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag von Herrn Dr. Scharfenberg, den Tagesordnungspunkt 3.2 zu behandeln, zur Abstimmung; dieser wird mit 9 Nein-Stimmen, bei 7-Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 5 Nein-Stimmen bestätigt.

Zur Niederschrift der 69. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 11. April 2012 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird einstimmig **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012

hier: Änderungsliste bezüglich Tarifabschluss

Vorlage: 11/SVV/0906

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf den dazu ausgereichten „2. Nachtrag zur Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2012“ der auf Grund des Tarifabschlusses notwendig gewesen sei.

Herr Exner erläutert anschließend die mit dem Tarifabschluss notwendigen Mehraufwendungen sowie weitere dieser zu Grunde liegenden Ereignisse, wie die verbesserte Ertragslage bei der Gewerbesteuer, die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung zu den ÖPP- Vorhaben und der Parkraumbewirtschaftung und letztlich auch die für das Karl-Liebknecht-Stadion bereitgestellten Mittel zur Erneuerung des Rasens.

Der Ausschuss für Finanzen habe diesem Nachtrag einstimmig zugestimmt.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass sich nach seiner Feststellung die Gewerbesteuer bedarfsgerecht entwickle und er jetzt optimistischer in die Haushaltsabstimmung gehe.

Bezugnehmend auf die zur Verfügung gestellten Mittel für die Erneuerung des Rasens merkt Frau Bankwitz an, dass dies eine zügige Entscheidung gewesen sei, die man sonst nicht so kenne. Darüber habe sie sich gewundert und ihr „schwane“, dass weitere diesbezügliche Ausgaben auf die Stadt zukommen. Für alle anderen Vorschläge werde die Begründung gegeben, es sei kein Geld da, so dass sie wissen wolle, ob sichergestellt sei, dass es keine weiteren Forderungen aus dieser Richtung gebe. Dem schließt sich Frau Knoblich an und betont, dass auch sie über das Konstrukt der Auszahlung von Fördermitteln im Vorfeld eines Haushaltsbeschlusses gestaunt habe. Auf ihre Frage, warum sich die Mieten des Einstein-Gymnasiums verringern, verweist Herr Exner auf eine Neuberechnung „ohne ÖPP“, die dazu geführt habe.

Anschließend erläutert der Oberbürgermeister die Hintergründe für die Entscheidung der Stadt, die Mittel für den Rasen zur Verfügung zu stellen. Der Rasen sei in einem beklagenswerten Zustand gewesen und sei durch die UEFA für das Spiel von Turbine Potsdam nicht zugelassen worden. Nachdem die Stadt erst abgelehnt habe, sei doch ein Weg gefunden worden, da es auch um weitere Spiele gegangen und eine Erneuerung des Rasens unerlässlich gewesen sei. Als Ursachen dafür nennt er die intensive Bespielung, die Qualität des Rasens sowie äußerst ungünstige Witterungsbedingungen mit langen Kahlfröstenperioden. Dies bedurfte einer schnellen Entscheidung, so dass von den 150.000 Euro, die für den SV Babelsberg eingestellt worden seien, zunächst 120.000 Euro für den Rasen „genommen“ wurden. Trotzdem habe die Stadt vorsorglich die gleiche Summe noch einmal im Haushalt berücksichtigt, weil der Rasen so nicht eingeplant war und der SV Babelsberg die o. g. 150.000 Euro in seinem regulären Haushalt für die Betreibung insgesamt benötige. Herr Exner verweist darauf, dass dies im Ergebnishaushalt und nicht im investiven Haushalt passiere und man sonst ein mit KP II-Mitteln fertiggestelltes Stadion nicht hätte bespielen können und somit der Zweck der Zuwendung in Frage gestanden hätte. Die Entscheidung habe sich die Stadt nicht leicht gemacht.

Herr Schubert führt aus, dass zwei Mannschaften in dem Stadion spielen und der Rasen damit extrem belastet sei. Das werde sich jedes Jahr wiederholen – nur in

diesem Jahr mit entsprechender Dramatik. Da stelle sich die Frage, ob die gewählte Betreiberstruktur langfristig die Richtige sei.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob die Gewährleistungsansprüche durch die überdimensionierte Nutzung verwirkt worden seien, entgegnet Frau Dr. Magdowski, dass dies mit geprüft werde. Bis jetzt sei nur klar, dass der Rasen zu spät eingebracht wurde und in der Anwachsphase ungünstige Witterungsbedingungen herrschten. Nachdem der DFB mitgeteilt habe, dass die Qualität des Platzes auf Dauer so nicht zu akzeptieren sei, müsse sich der Verein dazu äußern, welche Vorsorge er treffen werde.

Das scheine ein Fass ohne Boden zu sein, so Herr Schultheiß, womit er große Probleme habe. Es müsse doch wie in jedem anderen Verein auch, einen Wirtschaftsplan geben, in dem auch die Erneuerung des Rasens eine Rolle spiele. Dem schließt sich Frau Bankwitz an und erinnert an die Zusage, dass die Stadt bei einer Erbpacht nicht in der Pflicht stehe. Deshalb habe die Stadtverordnetenversammlung dem zugestimmt und somit sei jetzt der Betreiber in der Pflicht. Sie fühle sich vom Betreiber hintergangen und frage sich, wie weit die Stadt das noch ausdehnen wolle. Auf ihre Nachfrage, auf welcher Rechtsgrundlage das Geld gezahlt werde, entgegnet Frau Dr. Magdowski, dass diese freiwillige Leistung gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und einem entsprechende Zuwendungsbescheid gezahlt werde, nachdem der Verein den Antrag gestellt habe.

Herr Schüler zählt auf, dass neben den 700.000 Euro Bürgschaft noch 250.000 Euro für die Flutlichtmasten und nun 120.000 Euro für den Rasen zusätzlich an den Verein gezahlt wurden. Das mache deutlich, dass das nicht lange so weitergehen könne und sich grundsätzlich etwas ändern müsse. Er fordert eine Berichterstattung im Hauptausschuss, wie die zur Verfügung gestellten Mittel verwendet wurden.

Herr Heinzel betont, dass die Gründe für weitere Zuschüsse an den Verein immer wieder die gleichen seien, so wie z. B. die Imagepflege. Gespielt werde von zwei „Profivereinen“ – geführt werden diese aber von „Amateuren“. Hier müsse ein Konstrukt her, das den Anforderungen gerecht werde. Herr von der Osten-Sacken meint, dass die Defizite hätten früher erkannt werden müssen und können; scheinbar sende die Stadt die falschen Signale.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass die 120.000 Euro unter dem Vorbehalt der Überprüfung stehen und sieht einen dringenden Informationsbedarf, der durch die Verwaltung für den Hauptausschuss aufzubereiten ist. In diesem Zusammenhang seien auch Konsequenzen bezüglich der Gestaltung des Pachtvertrages aufzubereiten und sollte Herr Friederich Bericht erstatten.

Herr Schubert bittet, darin auch Überlegungen mit einzubeziehen, wie das Konstrukt anders gestellt werden kann.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister den „2. Nachtrag zur Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2012“ zur Abstimmung – diesem wird mit 7:3:5 zugestimmt.

zu 3.2 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten
Vorlage: 11/SVV/0825

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Ausschuss für Finanzen (ff)

zurückgestellt

zu 3.3 Pachtzins für alternative Wohnprojekte

Vorlage: 11/SVV/0874

Fraktion Die Andere

zurückgestellt

zu 3.4 Städtische Beteiligungen

zu 3.4.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Energie und Wasser Potsdam GmbH

Vorlage: 11/SVV/0997

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist auf die in der letzten Hauptausschusssitzung abgegebene Stellungnahme der Mitgesellschafter und die von der Verwaltung überarbeitete Drucksache 12/SVV/0045 in der Fassung vom 24.04.2012, die als Tischvorlage ausgereicht worden ist. Hier sei im Punkt 1.1 der Gaststatus für einen Vertreter der Arbeitnehmerschaft vor dem Hintergrund der Entscheidung des BGH vom Januar dieses Jahres, gestrichen worden. Dies finde sich in der Begründung entsprechend wieder.

Herr Dr. Scharfenberg begründet den Antrag der Fraktion DIE LINKE, den Aufsichtsrat der EWP anlehnend an den der SWP auf 16 zu erweitern, damit alle Fraktionen mit mindestens drei Mitgliedern sowie ein Arbeitnehmersvertreter Sitz und Stimme im Aufsichtsrat haben. Sollte dieser Antrag keine Zustimmung finden, bittet er um eine Abstimmung mit 13 Mitgliedern.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Vertreter der E.ON Edis deutlich gemacht hätten, einer Erhöhung der Anzahl auf mehr als 12 Aufsichtsratsmitglieder nicht zuzustimmen. Auf die Nachfrage, ob die höchstrichterliche Entscheidung dabei eine Rolle gespielt habe, entgegnet er, dass diese bei den Mitgesellschaftern bekannt gewesen sei, aber in der Diskussion keine Rolle gespielt habe.

Herr Sändig betont, dass die Vertreter der E.ON Edis AG keine begründeten Argumente vorgebracht hätten, außer es nicht zu wollen. Das sei angesichts der Arbeit der Transparenzkommission schwer nachzuvollziehen. Ebenso sei nicht verständlich, warum kleine, kritische Fraktionen ausgeschlossen werden sollen.

In der weiteren Diskussion spricht sich Herr Rietz für eine Abstimmung aus, da die Zustimmung der Mitgesellschafter nun einmal gebraucht werde und „die Sache nur verzögere“. Herr Exner schließt daran an und betont, dass eine Beurkundung nicht stattfinden könne, wenn der Mitgesellschafter nicht zustimmt. dabei bleibe es bei dem alten Aufsichtsrat mit 9 Mitgliedern. Jetzt gebe es aber die Chance auf 12 zu erhöhen, was nicht bedeutet, dass mit den Verhandlungen aufgehört wird.

Frau Dr. Schröter meint, man könne die Argumentation auch umdrehen und wenn ein Gaststatus nicht zulässig ist, einen Sitz mit Stimme für die Arbeitnehmersvertreter einräumen. Sie verweist auf die Gewichtung der Anteile

und setze dabei auf die Überzeugungskraft des Oberbürgermeisters. Hierzu, so der Oberbürgermeister, gebe es eine klare Auffassung von Herrn Dubberstein, dass die Fraktionen dem Arbeitnehmervertreter gern einen Sitz überlassen können.

Herr Schüler merkt an, dass seine Fraktion jetzt schon fast ein Jahr auf die Vergrößerung des Aufsichtsrates warte. Auch er habe Sympathie für einen Sitz für einen Arbeitnehmervertreter, aber hier bleiben zwei Möglichkeiten – entweder einen Sitz abzugeben oder weiter zu verhandeln.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung:

Der Gesellschaftsvertrag der Energie und Wasser Potsdam GmbH in der Fassung vom 14. April 2011 wird wie folgt geändert:

1.

1.1 § 9 Abs. 1: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus **16** (*statt 9*) Mitgliedern besteht.

Von den Gesellschaftern entsandt werden **10** (*statt 6*) Mitglieder von der SWP bzw. der Landeshauptstadt Potsdam und **5** (*statt 3*) Mitglieder von der E.ON edis AG (e.dis). Darüber hinaus ist ein Vertreter der Belegschaft in den Aufsichtsrat zu entsenden.

1.2 § 10 Abs. 4 Satz 2: Er ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Einberufung mindestens **13** (*statt 7*) Mitglieder anwesend oder gemäß Abs. 5 Satz 5 vertreten sind, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter.

1.3 § 10 Abs. 6 Satz 2: Ein Beschluss kommt nur zu Stande, wenn mindestens **13** (*statt 7*) Erklärungen vorliegen.

1.4 § 11 Abs. 6 Satz 1: Über die ihm vom Gesetz und von diesem Gesellschaftsvertrag zugewiesenen Aufgaben hinaus beschließt der Aufsichtsrat abschließend mit einer Mehrheit von **13/16** (*statt 7/9*) der Stimmen seiner anwesenden oder ordnungsgemäß vertretenen Mitglieder über:.....

1.5 § 11 Abs. 7: Eine Mehrheit von **13/16** (*statt 7/9*) der Stimmen ist nicht erforderlich – sondern nur die einfache Mehrheit – bei Beschlüssen zu Abs. 6 Satz 1 lit i), t) und u).

1.6 § 11 Abs. 8 Satz 2: Eine Mehrheit von **13/16** (*statt 7/9*) der Stimmen ist daher nicht erforderlich – sondern nur die einfache Mehrheit – bei Beschlüssen zu Abs. 6 Satz 1 lit. b), e), g) bis h), j) l) bis r) und v) die ausschließlich die Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsvertrag zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der Gesellschaft betreffen.

2.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, entsprechende Beschlüsse in den Gremien der EWP zu initiieren, da gemäß § 7 Abs. 2 Satz 4 des Gesellschaftsvertrages der EWP dieser nur einvernehmlich geändert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 9
Stimmenthaltung: 1

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den

Antrag abzulehnen.

Der geänderte Beschluss, dass die Gesellschaft einen Aufsichtsrat hat, der aus **13** (*statt 9*) Mitgliedern besteht. wird mit

Zustimmung: 6
Ablehnung: 8
Stimmenthaltung: 2
abgelehnt.

zu 3.4.2 **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP)**

Vorlage: 12/SVV/0045

Oberbürgermeister

siehe Tagesordnungspunkt 3.4.1

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Gesellschaftsvertrag der Energie und Wasser Potsdam GmbH in der Fassung vom 14. April 2011 soll wie folgt geändert werden:

1.

1.1 § 9 Abs. 1: Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus **zwölf** (*statt 9*) Mitgliedern besteht, die von den Gesellschaftern entsandt werden, und zwar **acht** (*statt 6*) Mitglieder von der SWP bzw. der Landeshauptstadt Potsdam und **vier** (*statt 3*) Mitglieder von der E.ON edis AG (e.dis).

1.2 § 10 Abs. 1 Satz 2: Der Aufsichtsratsvorsitzende ist der/**die** Oberbürgermeister/**in** der Landeshauptstadt Potsdam oder **ein/eine von ihm/ihr zu entsendende/r Beschäftigte/r der Landeshauptstadt Potsdam** (*Ergänzung*), der Stellvertreter wird von der edis bestimmt.

1.3 § 10 Abs. 4 Satz 2: Er ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Einberufung mindestens **neun** (*statt 7*) Mitglieder anwesend oder gemäß Abs. 5 Satz 5 vertreten sind, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter.

1.4 § 10 Abs. 6 Satz 2: Ein Beschluss kommt nur zu Stande, wenn mindestens **neun** (*statt 7*) Erklärungen vorliegen.

1.5 § 11 Abs. 6 Satz 1: Über die ihm vom Gesetz und von diesem Gesellschaftsvertrag zugewiesenen Aufgaben hinaus beschließt der Aufsichtsrat abschließend mit einer Mehrheit von **9/12** (*statt 7/9*) der Stimmen seiner anwesenden oder ordnungsgemäß vertretenen Mitglieder über:.....

1.6 § 11 Abs. 7: Eine Mehrheit von **9/12** (*statt 7/9*) der Stimmen ist nicht erforderlich – sondern nur die einfache Mehrheit – bei Beschlüssen zu Abs. 6 Satz 1 lit i), t) und u).

1.7 § 11 Abs. 8 Satz 2: Eine Mehrheit von **9/12** (*statt 7/9*) der Stimmen ist daher nicht erforderlich – sondern nur die einfache Mehrheit – bei Beschlüssen zu Abs. 6 Satz 1 lit. b), e), g) bis h), j) l) bis r) und v) die ausschließlich den Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsvertrag zwischen der

Landeshauptstadt Potsdam und der Gesellschaft betreffen.
(s. beigefügte Synopse)

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, entsprechende Beschlüsse in den Gremien der EWP zu initiieren, da gemäß § 7 Abs. 2 Satz 4 des Gesellschaftsvertrages der EWP dieser nur einvernehmlich geändert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 4

zu 3.4.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

Vorlage: 12/SVV/0022

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
mit zwei Änderungsanträgen der Fraktion FDP

Herr Exner bringt die Beschlussvorlage ein. Daran anschließend erläutert Herr Dr. Scharfenberg den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit folgendem Wortlaut:

1. *Der Punkt c) in der vorliegenden Fassung wird gestrichen.*
2. *Der Punkt b) erhält folgende Fassung:*

11 von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam zu entsendende Mitglieder, für deren Berufung und Abberufung die kommunalrechtlichen Bestimmungen maßgeblich sind.

3. *Der Punkt d) wird Punkt c).*

Auch hier wäre jede Fraktion mit bis zu drei Mitgliedern vertreten. Hier sei es die freie Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung, da es keinen Mitgesellschafter gebe und dieses Verfahren nach § 97 Abs. 1 BbgKVerf vorgeschrieben ist. Eine Abweichung sei nur mit einstimmigem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung möglich. Sollte diesem Vorschlag nicht gefolgt werden, kündigt er eine rechtliche Auseinandersetzung an.

Der Oberbürgermeister verweist auf die dazu erfolgte Rücksprache mit der Kommunalaufsicht, die dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt hat. Herr Exner zitiert aus dem Vermerk (vom 01.02.2012) über ein Telefonat mit der Kommunalaufsicht mit dem für wirtschaftliche Betätigung zuständigen Referat III/3 des Ministerium des Innern:

"Die Kommunalaufsicht hält Satzungsbestimmungen, wonach neben den städtischen Vertretern externe Fachleute durch den Hauptverwaltungsbeamten (HVB) bestellt werden können, für zulässig. Der Bestellungsmechanismus nach § 97 Abs. 2 i.V.m. § 41 BbgKVerf ist zwingend anzuwenden für die "weiteren Vertreter" der Gemeinde, aber auch nur für diese. Die genannten Regelungen der KVerf stehen Satzungsbestimmungen zur Bestellung weiterer Experten oder "geborener" Mitglieder des Aufsichtsrats nicht entgegen. Die kommunalrechtliche

Grenze für solche zusätzlichen Sitze gibt § 96 Abs. 1 Nr 2. bzw. Abs. 3 BbgKVerf vor, wonach der angemessene Einfluß der Gemeinde gewahrt sein muss. Dies wird regelmäßig der Fall sein, wenn zwei Drittel der AR-Sitze Vertretern der Gemeinde zustehen; es können u.U. auch weniger sein, nicht aber die Minderheit."

Daraufhin beantragt Herr Dr. Scharfenberg, dass eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht eingeholt und dem Hauptausschuss vorgelegt wird; dieser Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, bei 4 Nein-Stimmen angenommen.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters zieht Herr von der Osten-Sacken die beiden Änderungsanträge der Fraktion FDP zurück.

Der Antrag auf **Zurückstellung** des Tagesordnungspunktes bis zum Vorliegen der o. g. Stellungnahme wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 6 Nein-Stimmen **angenommen**.

zu 3.4.4 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen

Vorlage: 12/SVV/0023

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Austauschblätter vom 25.01.2012

Äa Fraktion CDU

zurückgestellt

zu 3.5 Konzertierte Aktion zur Haushaltskonsolidierung

Vorlage: 12/SVV/0149

Fraktion Potsdamer Demokraten

zurückgezogen

zu 3.6 Mehr Transparenz bei der Aufstellung des Haushaltsplanes

Vorlage: 12/SVV/0152

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt – Beratung mit dem qualifizierten Eckwertebeschluss

zu 3.7 Gebührensatzungen der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0155

Fraktion FDP

zurückgestellt – Beratung mit dem qualifizierten Eckwertebeschluss

zu 3.8 Richtlinie für In-House-Geschäfte zwischen der LHP und ihren städtischen Beteiligungen

Vorlage: 12/SVV/0125

Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 3.9 **Freiwillige zweckgebundenen Tourismusabgabe für die Landeshauptstadt
Potsdam**
Vorlage: 12/SVV/0181
Fraktion SPD

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Hütte von der TMB und Herrn Lücke von der DEHOGA. Gegen seine Empfehlung, ihne das Rederecht einzuräumen, erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Hütte betont in seinen Ausführungen, dass er überrascht gewesen sei, einen solchen Tagesordnungspunkt zu finden und kritisiert fehlende Gespräche im Vorfeld der Antragstellung. Im Weiteren begründet er die ablehnende Haltung gegenüber einer freiwilligen zweckgebundenen Abgabe zugunsten eines Kulturträgers – nämlich der Schlösserstiftung - unter anderem damit, dass dies eine ungerechte Behandlung gegenüber anderen Kulturträgern darstelle. Das gerechtere System sei entweder der parkeinritt oder eine Fremdenverkehrsabgabe. Außerdem sei die Stiftung aus touristischer Sicht in der Lage, das Problem mit entsprechender Unterstützung auch so zu stemmen. Der mit dem Antrag vorgeschlagene Weg sei weder belastbar noch pragmatisch.

Herr Lücke schließt sich seinem Vorredner an und ergänzt, dass auch ihn die Form und der Zeitpunkt für die Antragstellung überrascht und unter den Teilnehmern der AG Tourismusabgabe zu Verstimmungen geführt habe. Seine grundsätzliche Haltung sei, dass eine freiwillige Abgabe Zweckbindung, Mitbestimmung und Transparenz bedeute. er fordert eine klare Lösung und ein langfristiges Konzept für alle Beteiligte und Partner.

Herr Frerichs erläutert die bisherigen Abläufe und den gegenwärtigen Sachstand. er verweist darauf, dass der Oberbürgermeister einen klaren Auftrag an die Wirtschaftsförderung erteilt habe und sich die in der AG beteiligten Verbände (IHK, HBB, DEHOGA, Tourismusverband Potsdam-Havelland) bezüglich der zur freiwilligen Tourismusabgabe zu einer einheitlichen Mitgliederbefragung verständigt haben unter der Voraussetzung der Zusage des Oberbürgermeisters, dass eine Verwendung dieser Mittel nicht zur Kompensation von möglichen Parkeinritten verwendet wird. Die AG habe sich bekanntlich aus tourismusfachlicher Sicht einstimmig für einen Parkeinritt ausgesprochen. Die Ergebnisse der Befragung werden im Mai vorliegen.

Herr Schubert betont in seinen Ausführungen, dass es im Vorfeld der Antragstellung keine Gespräche gegeben habe, weil dieser Antrag als Dringlichkeitsantrag im Ergebnis des Gesprächs mit Herrn Prof. Dorgerloh in der Hauptausschusssitzung am 29.02.2012 in die Stadtverordnetenversammlung am 07. März eingebracht wurde. Sehr wohl aber im nachhinein, mit Herrn Frerichs und Herrn Lücke, so dass die Standpunkte bekannt gewesen seien. Er betont im Weiteren, dass der Souverän die Stadtverordnetenversammlung ist und das Recht habe, eine Diskussion anzuschieben, auch wenn sich Vertreter der Tourismusbranche und der Verwaltung darüber bereits einig seien. Er sei überzeugt, dass die Stadt einen Beitrag leisten müsse, um den kostenlosen Parkeinritt für die Potsdamer zu sichern. Die Tourismusabgabe sei derzeit Bundesweit in der Diskussion und es gebe Städte die sich dazu bereits Entscheidungen getroffen hätten, wie z. B. Weimar. derzeit werde auf die höchstrichterliche Entscheidung aus Leipzig gewartet und deshalb gehe der Vorschlag in Richtung einer freiwilligen Tourismusabgabe. Da die Fremdenverkehrsabgabe unwahrscheinlich sei, „bleibe der Ball in unserem Spielfeld“ und es müsse Lösungen geben.

Frau Bankwitz führt aus, dass der Antrag am 07. März eingebracht wurde und in der Zwischenzeit durchaus das Gespräch mit den touristischen Leistungsträgern hätte gesucht werden können.

Auf ihre Frage nach der wirtschaftlichen Situation der Betroffenen entgegnet Herr Lücke, dass die Umsätze zwar steigen, die Erträge aber ständig sinken und die die Situation der Potsdamer Händler durchaus bekannt sei.

Herr Dr. Scharfenberg meint, dass das Beste an diesem Antrag der Punkt 1 sei und er werbe dafür, diesen in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung auch zu beschließen. Alles andere sei undglücklich und gehe ins leere, so dass es zu einer Abwehrhaltung kommen könne. Er hatte im Gespräch mit Prof. Dorgerloh nachgefragt, was seitens der Stadt passieren müsse, um den Parkeintritt vermeiden zu können. Das sei in der Niederschrift vom 29. Februar nachzulesen, sei aber nie beantwortet worden.

Herr Schultheiß zweifelt daran, dass Händler eine freiwillige Abgabe leisten und plädiert dafür, dass die, die den Park nutzen auch dafür bezahlen. Prof. Dorgerloh habe mit zahlreichen Beispielen eine Brücke gebaut; bisher fehle aber ein Signal der Stadt.

Der Oberbürgermeister sieht in dem Antrag zwei Elemente – zum einen sich gegen einen Parkeintritt auszusprechen und zum anderen eine freiwillige Tourismusabgabe zu initiieren. Für beides brauche man aber Partner – die wiederum hätten das Thema mit der Umfrage aufgegriffen. Die Ergebnisse sollten abgewartet und der Antrag bis dahin zurückgestellt werden.

Vorgeschlagen wird, die Thematik in der Hauptausschusssitzung am 09. Mai wieder aufzurufen und Herr Frerichs versucht bis dahin entsprechende Ergebnisse der Umfrage vorzulegen. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er damit sehr unzufrieden sei und Herr Schubert „eine Rakete ohne Triebwerk“ abgeschossen habe. Der Antrag verursache mehr Schaden allein dadurch, dass er in der Welt sei. Nach dem 09. Mai finde keine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mehr statt und der Stiftungsrat werden in seiner Sitzung am 22. Mai entscheiden. Ebenso spricht sich Frau Dr. Schröter gegen die Zurückstellung aus, da der Antrag als Dringlichkeitsantrag gestellt wurde und sich bereits seit 2 Monaten im Geschäftsgang befinde.

Die Zurückstellung des Tagesordnungspunktes wird mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

zu 3.10 Fortschreibung der Grundsätze der KMU-Förderung in der Landeshauptstadt Potsdam in Umsetzung der Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung vom 14. Juni 2010

Vorlage: 12/SVV/0224

Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs bringt den Antrag ein und bittet um Zustimmung auch ohne, dass sich der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen damit befasst hat. Das „Rennen“ um die Fördermittel hätte bereits begonnen und jede weitere Woche der Verzögerung verschlechtere die Ausgangsposition für die Antragsteller.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch, so dass der

Oberbürgermeister die Beschlussvorlage zur Abstimmung stellt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Grundsätze der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in Umsetzung der Richtlinie zur Nachhaltigen Stadtentwicklung des Landes Brandenburg vom 13. Juni 2008 werden entsprechend der geänderten Richtlinie zur Nachhaltigen Stadtentwicklung des Landes Brandenburg vom 14. Juni 2010 in Übereinstimmung mit dem integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK) fortgeschrieben.

Zur Umsetzung des Ziel 1: Zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt und des Zentrums von Babelsberg als Zentren des Einzelhandels sollen die Fördermöglichkeiten des KM, die bisher für den Einzelhandel und die Gastronomie bestehen, auch für Kinos eröffnet werden.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

zu 3.11 Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung an der Auswahl der Geschäftsführer in städtischen Beteiligungen

Vorlage: 12/SVV/0228

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Herr Dr. Scharfenberg schlägt zu dieser Vorlage vor, die Information der Stadtverordneten verbindlicher zu gestalten und in der Anlage 1 – letzter Absatz – in der 3. Zeile wie folgt zu ändern:

„...genannten Unternehmen beschließt, ~~señ~~ **ist** der Hauptausschuss der ...“

und der letzte Satz dieses Absatzes bezüglich der Ausnahmefälle ist zu streichen.

Gleiches soll auch bei einer Verlängerung des Anstellungsverhältnisses gelten.

Auf die vom Oberbürgermeister geäußerten Bedenken, dass bei der Notwendigkeit einen sofortigen Beschluss fassen zu müssen, diese Regelung nicht funktioniere, schlägt Herr Schüler einen Kompromiss vor. Der Satz bezüglich der Ausnahmefälle solle als sogenannte Notvariante in der Vereinbarung enthalten bleiben. Dem, so Herr Dr. Scharfenberg könne er zustimmen, wenn sich die Ausnahmefälle genau darauf beziehen. Herr Rietz beantragt, den Hauptausschuss auch denn zu informieren, wenn es um eine Verlängerung der Anstellung gehe.

Die Vorlage wird einschließlich der beantragten Änderungen (die Anlage 1 ist dementsprechend zu modifizieren) zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Verfahrensvorschlag für ein transparentes Verfahren zur Neubesetzung aller Geschäftsführerposten in städtischen Beteiligungen, welches die Beteiligung bzw. Information der Stadtverordnetenversammlung sicherstellt, (Richtlinie

Geschäftsführer).

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.12 Bürgerbefragung Uferweg Griebnitzsee

Vorlage: 12/SVV/0231

Fraktion FDP

mit Ergänzungsantrag Fraktion Die Andere

Eingangs bringt Herr von der Osten-Sacken den Antrag der Fraktion FDP und Herr Sändig den Ergänzungsantrag der Fraktion Die Andere ein.

In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Schultheiß, dass das Wort „Bürgerbefragung“ das einzige sei, was die beiden Anträge verbinde. Für den Griebnitzsee halte er eine Bürgerbefragung für richtig; bezüglich der Breiten Straße solle die Fraktion Die Andere einen eigenen Antrag stellen. Er, so Herr Dr. Scharfenberg, lehne den Antrag ab, da es sich ihm nicht erschließe, warum hierfür eine Bürgerbefragung erfolgen solle, denn das sei ein lang diskutiertes Verfahren. Ebenso meint Herr Schüler, dass das Verfahren weit fortgeschritten und zahlreiche Entscheidungen getroffen seien. Da erscheine eine Bürgerbefragung zu diesem Zeitpunkt merkwürdig. Die Bürger können sich auch so artikulieren. er sei bei Bürgerbefragungen ohnehin skeptisch – aber hier im Besonderen.

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Andere wird zur Abstimmung gestellt und mehrheitlich **abgelehnt**, bei 3 Ja-Stimmen.

Der Antrag der Fraktion FDP mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Potsdam eine Bürgerbefragung zum Uferweg am Griebnitzsee durchzuführen.

In dieser Befragung sollen die Potsdamer die Möglichkeit bekommen, sich für oder gegen einen, gemäß den im Uferwegkonzept festgelegten Bestimmungen, vollständig erschlossenen Uferweg am Griebnitzsee für den geschätzten Gesamtpreis von 30 Millionen Euro auszusprechen.

Die transparente und vollständige Darstellung der Aufwendungen und Investitionskosten für die Erschließung des vollständigen Uferweges soll als Entscheidungsgrundlage Bestandteil der Befragung sein.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,
bei 3 Ja-Stimmen.

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.13 Geschäftsführer neu ausschreiben

Vorlage: 12/SVV/0235

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Schüler bringt den Antrag ein.

Der Oberbürgermeister wird als Gesellschaftervertreter beauftragt, die Stellen der Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften nach Vertragsablauf grundsätzlich neu ausschreiben zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

bei 3 Ja-Stimmen.

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.14 Dienstaufsichtsbeschwerde des Stadtverordneten Menzel gegen den Oberbürgermeister

hier: Akteneinsicht in die Unterlagen der Polo GmbH

Verständigung zum Verfahren

Dazu wurde eine aktualisierte Stellungnahme des Oberbürgermeisters mit Datum vom 25. April 2012 als Tischvorlage ausgereicht.

Herr Schüler führt eingangs aus, dass der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung zu den Sitzungen einlade und die Versammlung leite – viel mehr könne er in seiner Funktion nicht leisten. Im Rahmen der Dienstaufsichtsbeschwerde werfe Herr Menzel dem Oberbürgermeister eine Dienstpflichtverletzung vor und in der Stellungnahme sagt der Oberbürgermeister, er habe alles getan um die Akteneinsicht zu gewähren. Er könne als Vorsitzender weder ausschließen noch bestätigen, dass eine Dienstpflichtverletzung vorliege und brauche deshalb eine Institution, die das kläre. deshalb habe er in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung den Vorschlag unterbreitet, die Kommunalaufsicht darum zu bitten.

Herr von der Osten-Sacken betont, dass eine Dienstaufsichtsbeschwerde nur dafür geeignet sei, eine persönliche Dienstpflichtverletzung zu rügen. Das sei hier aber nicht der Fall, so dass er sich frage, was die Kommunalaufsicht machen soll. Herr Schubert verweist darauf, dass auch er diese Akteneinsicht beantragt habe und nachdem eine rechtliche Klärung zum Ort der Einsichtnahme erfolgt sei, diese auch erhalten habe.

Der Oberbürgermeister betont, dass er eine entsprechende Gesellschaftsanweisung unterschrieben habe.

Damit, so Herr Schüler, blieben drei Möglichkeiten, entweder die Dienstaufsichtsbeschwerde anzunehmen, sie abzulehnen oder die Kommunalaufsicht anzurufen.

Herr Schultheiß spricht sich dagegen aus, da keine persönliche Dienstpflichtverletzung erkennbar sei und schlägt vor, die Dienstaufsichtsbeschwerde zurückzuweisen und Herrn Menzel den Rechtsweg zu empfehlen.

Nachdem Herr Menzel den Sachverhalt aus seiner Sicht dargestellt hat, empfiehlt Herr Schubert ihm, seine Dienstaufsichtsbeschwerde zurückzuziehen, da sich seine Beschwerde gegen Herrn Klipp und Herrn Jesse richte.

Im Ergebnis der Diskussion zieht Herr Menzel seine Dienstaufsichtsbeschwerde zurück.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Grundsätze für differenzierten Umgang mit DDR-Architektur

Vorlage: 12/SVV/0227

Oberbürgermeister, FB Bauaufsicht und Denkmalpflege

zurückgestellt

zu 4.2 Änderung des städtischen Beteiligungsportfolios

Vorlage: 12/SVV/0229

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Rahmenkonzept für Stadtteilschule

Vorlage: 12/SVV/0259

Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur und Sport

zurückgestellt

zu 4.4 Jugend und Wohnen in Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0260

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Auf die Anmerkung von Frau Dr. Müller, dass die Mitteilungsvorlage letztlich nur den Auftrag aus dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wiedergebe, weisen Frau Müller-Preinesberger und Herr Böttche darauf hin, dass die Arbeit der Projektgruppe erst begonnen habe und die Ergebnisse sukzessive wachsen. Derzeit befinde man sich in der 3. Phase des Prozesses und es herrsche Einigkeit über die breite Einbeziehung der Interessengruppen. Auf die Nachfrage, wann mit einer nächsten Berichterstattung zu rechnen sei, verweist Herr Böttche auf die Abhängigkeit vom Beteiligungsverfahren; der Internetaufruf sei noch nicht so angenommen, wie gewünscht. Die nächste Sitzung des Expertengremiums werde Mitte Juni stattfinden. Die für Ende des Jahres zugesagte Agenda für ein wohnungspolitisches Konzept bleibe dabei die eigene Zielstellung. Gegen den Vorschlag von Frau Müller-Preinesberger, die Thematik noch vor der Sommerpause im Ausschuss für Gesundheit und Soziales sowie im Jugendhilfeausschuss aufzurufen, erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4.5 WagenHausBurg Hermannswerder - Stand der Verhandlungen

gemäß Beschluss: 11/SVV/0787

Vorlage: 12/SVV/0309

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Zu Beginn erhält eine Vertreterin der WagenHausBurg Rederecht und erläutert den Sachstand aus ihrer Sicht. Sie richtet die Bitte an die Verwaltung und die

Politik, ernsthaft zu verhandeln, konkrete Zahlen vorzulegen und das Wertgutachten offen zu legen.

Der Oberbürgermeister sagt die Bereitstellung des Wertgutachtens zu, nachdem dieses durch die kommunale Bewertungsstelle ausgewertet wurde.

Herr Weise führt aus, dass es noch keinen neuen Sachstand gebe und gibt zu bedenken, dass hierzu auch die wirtschaftliche Frage mit bewertet und auf das Szenario heruntergebrochen werden müsse.

Auf eine entsprechende Nachfrage von Herrn Dr. Wegewitz sagt der Oberbürgermeister die Duldung der WagenHausBurg am jetzigen Standort bis zum Ende des Verfahrens zu. Auf die Anmerkung von Herrn Sändig, dass das Augenmerk auf den jetzigen Standort zu richten sei, betont der Oberbürgermeister, dass bei den Szenarien auch dieser mit aufgeführt werde, allerdings auch mit den damit verbundenen finanziellen und wirtschaftlichen Konsequenzen.

zu 5 **Sonstiges**

Information zum Sachstand „Sport- und Freizeitflächen 'NowaWiese'“ (Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 3)

Der Oberbürgermeister informiert über die am Vortag geführten Gespräche mit ICOMOS, die nun regelmäßig zweimal im Jahr stattfinden sollen.

Zu dem Projekt Fußballplatz am Park Babelsberg sei gestern keine abschließende Regelung gefunden, aber Varianten andiskutiert worden, die nach einer Prüfung durch einen Gutachter in den Gesprächen im Oktober weiter zu besprechen seien. Auf die Nachfrage, welche Probleme es in diesem Zusammenhang gebe, antwortet der Oberbürgermeister, dass der Rasenplatz nach DFB-Regeln zu errichten sei und sich mit der Durchführung von Spielen Infrastrukturprobleme ergeben, aber auch die Frage nach Toiletten, Parkplätzen, einem Ballfangzaun u. ä. zu klären seien.

Herr Dr. Scharfenberg macht auf eine Mail und einen „Hilferuf“ der Bewohner des **Otterkiez 8 – 26** aufmerksam, deren **Fernwärmelieferung** zum 26.04.2012 eingestellt werden soll. Als Grund seien fehlende Zahlungen der Eigentümerin (AWAG) angegeben worden, obwohl die Mieter ihre Anteile an diese gezahlt hätten. Auf seine Bitte diesbezüglich etwas zu unternehmen, sagt der Oberbürgermeister zu, sich der Sache anzunehmen.

Zur Problematik „Tennisclub rot – weiß“ werde in der Sitzung am 09.05.2012 über den Sachstand informiert.

Auf die Anfrage von Frau B. Müller, wann die nächste Sitzung des Tourismusbeirates stattfindet, sagt der Oberbürgermeister zu, dass Herr Kümmel den Termin mitteilt und eine Einladung zur Verfügung stellt.

Auf die Nachfragen bezüglich der Wahrung der Objektivität der Badumfrage Bezug nehmend betont der Oberbürgermeister, dass seitens der Bürger aber auch der Presse danach gefragt werde, welche Vorkehrungen diesbezüglich getroffen worden sind. Zum einen sei der Bereich Statistik ein in sich geschlossener Bereich zu dem es keinen unberechtigten Zugang gibt. Zum anderen ist das verwendete Online-System zertifiziert und durch eine Nummernvergabe sichergestellt, dass nur einmal abgestimmt werden könne.

Eine Auswertung der Umfrage sei für den 08. Mai 2012 geplant.
Frau Dr. Müller regt an, zu diesen Fragen eine Mitteilung in die Presse zu geben.